



# N i e d e r s c h r i f t

## über die 10. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 09.09.2021 in der Wahlperiode 2019/2023

---

Sitzungsraum: Forum Fischbahnhof  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 16:21 Uhr

### Teilnehmer/innen:

#### **Oberbürgermeister**

Herr Oberbürgermeister Grantz

#### **SPD-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner  
Herr Stadtverordneter Kurutlu  
Frau Stadtverordnete Mollenhauer  
Frau Stadtverordnete Reimelt  
Frau Stadtverordnete Ruser

#### **CDU-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Dr. Brin  
Frau Stadtverordnete Kargoscha  
Frau Stadtverordnete von Twistern  
Herr Stadtverordneter Ventzke

#### **Fraktion DIE GRÜNEN PP**

Frau Stadtverordnete Fensak  
Herr Stadtverordneter Kaminiarz

#### **BIW-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld

#### **Fraktion DIE LINKE**

Frau Stadtverordnete Schröder

#### **FDP-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Freemann

#### **AfD-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

#### **Schriftführung**

Herr Adomeit

### **Entschuldigt:**

Frau Stadtverordnete Coordes  
Frau Stadtverordnete Stephan-Titze  
Frau Stadtverordnete Tiedemann  
Herr Stadtverordneter Viebrok

### **Weitere Teilnehmer/innen:**

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky  
Frau Adomeit, Amt 11  
Frau Bobe, Amt 11/7  
Herr Adolf, BIT  
Frau Busch-Cole, BIT  
Herr Raether, Amt 14

Gesamtpersonalrat:

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Personalrat Bauverwaltung:

Personalrat Feuerwehr:

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Herr Kieck  
Herr Rosenbohm  
Herr Saß  
Herr Dreimann  
Herr Zager

Herr Oberbürgermeister Grantz begrüßt die Anwesenden und informiert darüber, dass sich für die heutige Ausschusssitzung folgende Mitglieder entschuldigt haben: Frau Coordes, Frau Stephan-Titze, Frau Tiedemann, diese werde vertreten von Herrn Lichtenfeld und Herr Viebrock, der von Frau Ruser vertreten werde.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Einladung, Tagesordnung und Vorlagen fristgerecht versandt wurden.

Außerdem gibt es eine Tischvorlage Nr. 68/2021 „Bewilligung eines 1,0 üpl. anerkannten Bedarfs für das Bürger- und Ordnungsamt, Straßenverkehrsabteilung“. Diese Vorlage könnte als TOP 4.6 auf die Tagesordnung gesetzt werden.

#### **1. Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

#### **2. Genehmigung der Niederschrift**

##### **2.1. Genehmigung der Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 06.07.2021**

**55/2021**

Der Ausschuss genehmigt mit zwei Enthaltungen (Herr Lichtenfeld und Frau Ruser) die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

#### **3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GStVV**

### 3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 GStVV

64/2021

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr Grantz, Herr Kaminiarz

Herr Kaminiarz stellt fest, dass 29 Beschlüsse noch nicht umgesetzt seien und bittet darum, die Beschlüsse zügiger zu bearbeiten. Herr Grantz betont, dass neben dem Personalamt als Querschnittsamt auch andere Ämter an der Umsetzung beteiligt seien. Man werde aber mit den Ämtern daran arbeiten, dass die Umsetzung schneller erfolge.

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

**Auszüge: Amt 11/2, Amt 11/3**

## 4. Vorlagen/Vorträge

### 4.1. Anträge zum Stellenplan 2022/2023

61/2021

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau Fensak, Herr Grantz, Frau Kirschstein-Klingner

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass den Ausschussmitgliedern am Vormittag ein geänderter Beschlussvorschlag zu TOP 4.1 „Anträge zum Stellenplan 2022/2023“ Vorlage Nr. 61/2021 übermittelt wurde.

Frau Kirschstein-Klingner erläutert kurz die darin enthaltenen Änderungen. Außerdem informiert sie darüber, dass es zum Antrag H11 noch Gespräche geben werde und ggf. im Rahmen der Haushaltsberatungen hierzu eine Lösung herbeigeführt werde.

Mit Hinweis darauf, dass der Änderungsantrag erst nach 9 Uhr eingegangen sei, beantragt Frau Fensak die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Für den Antrag stimmen Frau Fensak, Herr Jürgewitz, Herr Kaminiarz und Herr Lichtenfeld.

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt anschließend bei einer Enthaltung (Frau Schröder) und vier Gegenstimmen (Frau Fensak, Herr Jürgewitz, Herr Kaminiarz und Herr Lichtenfeld) wie folgt:

1. Der Ausschuss schließt sich den in der Anlage 2 (Gesamtübersicht) ausgewiesenen Verwaltungsempfehlungen (ja/nein) mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Anträge an.
2. Antrag **A 2** wird bis zur endgültigen Klärung zurückgestellt.
3. Antrag **D 1** wird befürwortet. Die Stellen sollen als Ausbildungsstellen befristet bis zum 31.01.2024 im Stellenplan Teil C eingerichtet werden.
4. Antrag **E 1** wird befürwortet
5. Bei Antrag **E 8** wird statt der zur Streichung vorgeschlagenen 0,639 Stellen lediglich ein Anteil von 0,139 Stellen gestrichen. Der verbleibende 0,5 Stellenanteil wird dem Sozialamt zur Aufgabenwahrnehmung bezüglich der Schulassistenten zur Verfügung gestellt.
6. Bei Antrag **G 17** wird die Umwandlung aller 5 genannten Planstellen befürwortet.
7. Antrag **H 5** wird im Umfang von 0,5 Stelle befürwortet.

8. Das Dezernat I wird gebeten, nach Rechtskraft des Haushalts 2022 prioritär Stellenbesetzungen sicherzustellen, die für eine gesetzlich verpflichtete Aufgabenwahrnehmung erforderlich sind. Da die im Kapitel 6990 zentral hinterlegten Haushaltsmittel voraussichtlich nicht vollständig zur Finanzierung der Personalbedarfe in 2022 und 2023 ausreichen, wird vom Dezernat I außerdem erwartet, dass alle weiteren Stellenschaffungen und -besetzungen so gesteuert werden, dass das Budget des Kapitels 6990 in den beiden Haushaltsjahren nicht überschritten wird.

9. Bei allen Stellen mit Finanzierungsvorbehalt muss vor der Besetzung die Finanzierung sichergestellt sein.

Im Falle der Genehmigung von Anträgen auf Neuschaffung von Stellen, Anerkennung von überplanmäßigen Bedarfen oder Verlagerung von Stellen (mit inhaltlichen Änderungen) erfolgt diese immer vorbehaltlich der Überprüfung der Stellenbewertung.

**Auszüge: Amt 11/2, Amt 11/3, Amt 11/7, MK 3, Amt 20**

**4.2. Anerkennung von 2,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfen Diplom-Ingenieur:in für das Stadtplanungsamt (Amt 61) zur Bearbeitung von Bebauungsplanverfahren 62/2021**

Herr Kaminiarz erklärt, das Credo des Baudezernenten sei Bauen und bei der Schaffung dieser Stellen gehe es um dessen Umsetzung. Das Konzept überzeuge nicht und daher werde er diese Vorlage ablehnen.

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mit vier Gegenstimmen (Frau Fensak, Herr Jürgewitz, Herr Kaminiarz und Herr Lichtenfeld) die Anerkennung von 2,0 überplanmäßigen Bedarfen Stadtplaner:in (Diplom-Ingenieur:in, Entgeltgruppe 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung).

Zum nächstmöglichen Stellenplan wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

**Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 61**

**4.3. Anerkennung eines 0,77 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik zur Umsetzung von Landesprogrammen und Maßnahmen im Rahmen der mit der Freien Hansestadt Bremen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung 65/2021**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz) und einer Enthaltung (Herr Lichtenfeld) einen 0,77 unbefristeten überplanmäßigen Bedarf (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung) für das Amt 83 zur Umsetzung von Landesprogrammen und Maßnahmen im Rahmen der mit der Freien Hansestadt Bremen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung.

Zum nächstmöglichen Stellenplan wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

**Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 83**

**4.4. Verlängerung der Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für die Unterbringung und Betreuung von Personen im Kontext "Infektionsschutz Covid-19" für die Abteilung "Hilfen für geflüchtete Menschen und Spätaussiedler" im Sozialamt 67/2021**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mit zwei Gegenstimmen (Herr

Jürgewitz und Herr Lichtenfeld), vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderungen, die Verlängerung der Anerkennung des 1,0 überplanmäßigen Bedarfs (Sozialbetreuer:in, Entgeltgruppe 7 TVöD (Entgeltordnung/VKA), befristet bis zum 30.11.2022, für die Abteilung „Hilfen für geflüchtete Menschen und Spätaussiedler“ des Sozialamtes.

**Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 50**

**4.5. Sitzungstermine für den Personal- und Organisationsausschuss und den Betriebsausschuss des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) für das Jahr 2022 66/2021**

Der Personal- und Organisationsausschuss und der Betriebsausschuss des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) nehmen von der vorgelegten Terminplanung für das Jahr 2022 Kenntnis.

**Auszüge: Amt 11/4**

**4.6. Bewilligung eines 1,0 üpl. anerkannten Bedarfs für das Bürger- und Ordnungsamt, Straßenverkehrsabteilung - Tischvorlage 68/2021**

Herr Grantz stellt fest, dass alle Ausschussmitglieder damit einverstanden sind, dass diese Tischvorlage als TOP 4.6 auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für öffentliche Sicherheit bewilligt der Personal- und Organisationsausschuss mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Herr Lichtenfeld) für das Bürger- und Ordnungsamt, Straßenverkehrsabteilung, einen 1,0 üpl. anerkannten Bedarf (EG 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) befristet für die Dauer von zwei Jahren.

**Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 91**

**5. Anträge**

**6. Anfragen**

**7. Mitteilungen**

**8. Verschiedenes**

**Anhebung der Stelle Direktor/Direktorin der Ortspolizeibehörde – Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Bremen/Bevollmächtigung des Rechtsamtes**

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr Grantz, Herr Kaminiarz

Herr Grantz informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die BIW-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung sowie die Stadtverordneten Grotheer, Lichtenfeld, Schuster, Tiedemann und Timke am 14. Juli 2021 beim Verwaltungsgericht Bremen beantragt haben, den Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses vom 6. Juli 2021 (Anhebung der Stelle Direktor/Direktorin der Ortspolizeibehörde nach Besoldungsgruppe B 3) im Wege einer einstweiligen Anordnung außer Kraft zu setzen.

In dem gerichtlichen Verfahren ist noch keine Entscheidung ergangen, derzeit werden Schriftsätze ausgetauscht. Herr Grantz erläutert, dass der Personal- und Organisationsausschuss Antragsgegner in diesem Verfahren sei, da sich der o. g. Antrag gegen den Beschluss des Ausschusses richte. Damit des Rechtsamt den Ausschuss in diesem Ver-

fahren vor dem Verwaltungsgericht vertreten könne, sei eine Bevollmächtigung durch den Personal- und Organisationsausschuss notwendig. Darüber wolle Herr Grantz im Anschluss abstimmen lassen.

Der Ausschussvorsitzende teilt weiter mit, dass er über den Abschluss des Verfahrens den Ausschuss unterrichten werde.

Herr Grantz weist darauf hin, dass der Stadtverordnete Herr Lichtenfeld hier einem Mitwirkungsverbot gemäß der Stadtverfassung unterliege, da er Antragsteller in dem anhängigen Verfahren sei. Herr Lichtenfeld nimmt an der Aussprache und der anschließenden Abstimmung zu diesem Thema nicht teil.

Herr Kaminiarz erklärt, dass er sich zu diesem Thema ebenfalls zu Wort melden wollte und dankt Herrn Grantz für die Information. Er bittet darum, dass Herr Grantz ihm die Schriftsätze des Verfahrens überlasse. Herr Grantz entgegnet, dass er prüfen lassen werde, ob dies unter Beachtung des Datenschutzes möglich sei. Wenn diese Prüfung positiv ausfalle, würden alle Ausschussmitglieder die Schriftsätze erhalten.

Weiter teilt Herr Kaminiarz mit, dass er um Vertagung zu diesem Thema bitte und gibt zu Protokoll, dass er ausdrücklich nicht damit einverstanden sei, wenn heute ein Beschluss gefasst werde.

Herr Grantz lässt den Ausschuss über den Vertagungsantrag abstimmen. Der Antrag von Herrn Kaminiarz wird mehrheitlich abgelehnt. Für den Antrag stimmen Frau Fensak, Herr Jürgewitz, Herr Kaminiarz und Frau Schröder. Herr Lichtenfeld nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Dann lässt Herr Grantz die Ausschussmitglieder über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Personal- und Organisationsausschuss bevollmächtigt das Rechtsamt der Stadt Bremerhaven, den Ausschuss in dem von der BIW-Fraktion u. a. gegen den Personal- und Organisationsausschuss angestregten einstweiligen Anordnungsverfahren in erster und zweiter Instanz rechtlich zu vertreten.

Dem Antrag wird mehrheitlich mit drei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz, Herr Kaminiarz und Frau Schröder) zugestimmt. Herr Lichtenfeld nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Herr Kaminiarz bittet den Ausschussvorsitzenden um Überlassung des Verfahrensaktenzeichens des Gerichtes. Herr Grantz entgegnet, dass zunächst die Prüfung zur Überlassung der Schriftsätze abzuwarten sei. Falls die Schriftsätze überlassen werden können, ist das Aktenzeichen diesen zu entnehmen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Auszüge: Dez. I, I/1, Amt 11, Amt 30**

---

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

---

Adomeit  
Schriftführer